

12. September
Tag der Erinnerung
und Mahnung
Marx-Engels-Forum, 15 Uhr

Gedanken nach den Wahlen



Foto: Jörg Rückmann

Zum Ausgang der Europawahl haben sich inzwischen viele kluge und kompetente Leute geäußert. Die häufigsten Stichworte waren: Erleichterung, Freude über das Erreichte, keine Selbstzufriedenheit, nüchterne Analyse, Verluste an absoluten Stimmen – auch und vor allem in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern. Das betrifft besonders den Osten Berlins, auch Lichtenberg, wo wir trotz der erreichten 43,8% im Stimmbezirk 7 (Lichtenberg Süd und Karlshorst) fast 1 000 Stimmen einbüßten. Im

Rückblick auf die Stimmung der Menschen, die wir an unseren Infoständen trafen, war bei vielen ein demonstratives Desinteresse an diesen Wahlen das Auffälligste. Unzufriedenheit und Unsicherheit über die kommenden neuen sozialen Belastungen verstärkten das noch.

Dem Argument, Wahlverweigerung sei der falsche Weg, folgten – sofern man sich überhaupt auf einen Dialog einließ – die oft gehörten Sätze: „Es ändert sich ja doch nichts“, „Ihr seid nicht besser als die ande-

ren Parteien“. Hinweise auf die „Agenda sozial“ der PDS, auf unsere Alternativen zu Renten, Steuern usw. wurden sofort mit einem Seitenhieb auf unsere Mitverantwortung für die Berliner Politik gekontert: „Wie kann eine sozialistische Partei diese unsocialen Beschlüsse mittragen?“

Dann folgten die Reizworte Sozialticket, Kitakosten, Blindengeld, Schulgeldfreiheit, Bankenskandal. Selten war man zu einer differenzierten Sicht auf die Dinge bereit, z. B., dass nicht die PDS Verursacherin der desolaten Verschuldung Berlins ist, dass sie in etlichen Fällen „Schlimmeres verhütet“ hat. Das alles wollte kaum einer hören.

Der von den Medien systematisch gepflegte Eindruck einer an allen Übeln dieser Stadt mitschuldigen PDS, eines zahnlosen Juniorpartners in diesem Senat, der seine Wählerschaft im Stich gelassen habe – das war der vorherrschende Eindruck, den wir am Infostand pur erlebt haben.

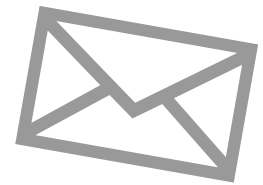
Diese einer Verurteilung gleichkommende Einschätzung der „offiziellen“ Berliner PDS-Politik erlebte man nicht nur von „ultra-orthodoxen“ Linken sondern auch von potentiellen PDS-Sympathisanten, die Hoffnungen und sicher auch zu hohe Erwartungen in ein Mitwirken der PDS als Regierungspartner gesetzt hatten und jetzt enttäuscht und verbittert sind. Sie können in der Politik des Berliner Senats nicht die Handschrift der PDS erkennen, dafür ein Übermaß an Harmoniebedürfnis, an Einsicht in Sachzwänge, an Konsenssoße.

Die PDS muss sich fragen, wieso es in der jetzigen Situation Bestrebungen zur Gründung einer weiteren Linkspartei gibt, wieso die mit Schröders unsocialer Politik Unzufriedenen nicht „automatisch“ zu uns kommen. Die Berliner PDS muss, will sie als selbstbewusste, eigenständige Kraft wieder deutlich wahr- und ernst genommen werden, darüber nachdenken, wie sie verlorenes Vertrauen zurückgewinnen will, z. B. durch die oft zitierte Schärfung des sozialen Profils – aber nicht mit Watte, sondern mit Sandpapier!

Dieter Görsdorf

In dieser Ausgabe

- **SODI in Hanoi ausgezeichnet** (Seite 3)
- **Sozialticket muss her!** (Seite 4)
- **Start für Bürgerhaushalt** (Seite 5)
- **Hartz ist die Armut per Gesetz – 10 Argumente der PDS gegen Hartz IV** (Seiten 6 und 7)



August 1949, Budapest ...

Vor ein paar Monaten überraschte mich ein Brief aus Ungarn. Ein Student der Politikwissenschaften bat mich, ihm meine Erinnerungen an die Weltfestspiele 1949 mitzuteilen. Er schreibe eine größere Arbeit über dieses Ereignis. Meinen Namen habe er in der Teilnehmerliste der deutschen Delegation gefunden.

Die Weltfestspiele sind nun 55 Jahre her. Vieles ist inzwischen geschehen. Im Gedächtnis schien nicht allzu viel davon geblieben. Doch die Erinnerung kehrte zurück, und so konnte ich ihm in einem längeren Brief folgendes mitteilen:

Nachdem die Freie Deutsche Jugend (FDJ) 1948 in den Weltbund der Demokratischen Jugend aufgenommen worden war, konnte 1949 eine deutsche Delegation an den Weltfestspielen teilnehmen. Als wir das erfuhren, waren wir alle sehr aufgeregt. Wie würden die Ungarn uns Deutsche aufnehmen? Wussten wir doch, dass die SS im letzten Kriegsjahr in diesem Land noch sehr gewütet hatte. 1944 wurden die ungarischen Juden deportiert und ermordet. Dabei hatten sich vor den Augen der Bevölkerung entsetzliche Szenen abgespielt. Bei ihrem Rückzug hinterließ die Wehrmacht auch in Ungarn „verbrannte Erde“. All das erfuhren wir deutschen Teilnehmer, als wir uns auf die Reise vorbereiteten.

Der zweite Weltkrieg war ja erst vier Jahre her. Viele unserer Schulkameraden waren in den letzten Monaten des Krieges noch „verheizt“ worden – wir hatten sie nicht wiedergesehen. Jugendliche aus der sowjetischen Besatzungszone und den Westzonen kamen nach Budapest (es war noch vor der Gründung der beiden deutschen Staaten). Ich war Vorsitzender der FDJ in Zehlendorf, einem Westberliner Stadtbezirk. Wir alle waren Propagandisten für ein einheitliches, friedliches Deutschland, von dem „nie wieder Krieg!“ ausgehen sollte.

Damals war unter dem Eindruck des Kriegsendes das Bewusstsein von den deutschen Kriegsverbrechen sehr stark, und der Antifaschismus bestimmte unser Denken. Antifaschist bin ich bis heute geblieben. Den Sieg der Alliierten verbanden wir mit dem Namen Stalin. So waren wir gläubige Anhänger Stalins, aber keine Stalinisten. Von den Verbrechen des Stalinismus wussten wir noch nichts. Doch inzwischen war bereits der „kalte Krieg“ im Gange. Beide Seiten nahmen ideologischen Einfluss auf die Jugend, die Prägun-

gen wirken bis auf den heutigen Tag nach. Dem Empfang in Budapest sahen wir also mit bangen Gefühlen entgegen, auch im Zug diskutierten wir darüber. Wie überrascht und froh waren wir, als uns viele Menschen vor dem Bahnhof erwarteten – nicht mit Beschimpfungen oder Anspucken, sondern mit Jubel. Nun konnten wir unbeschwert und fröhlich am Festival teilnehmen.

Die FDJ hatte ein umfangreiches Kulturprogramm vorbereitet, dessen Einzelheiten ich aber nicht mehr im Gedächtnis habe. Ich gehörte zu den Verantwortlichen für die Kultur und war Moderator und Organisator bei den Auftritten unserer Gruppen. Neben dem großen Nationalprogramm gab es kleine Auftritte in Betrieben und Sälen, auch unter freiem Himmel. Immer wieder erhielten wir viel Beifall.

Foto: Privatbesitz G. Bombal (Fahnenträger links)



Der große Höhepunkt war der Einzug der Weltjugend ins Stadion. Schon bei der Demonstration durch die Straßen Budapests in unserer schmucken blauweißen Kleidung, mit schwarzrotgoldenen und blauen Fahnen, die das goldene FDJ-Emblem trugen, war die Begeisterung groß. „Éljen Stalin! Éljen Rákosi! Éljen Wilhelm Pieck!“ riefen wir im Chor. Und bei der Begrüßung im Stadion stieg die Stimmung noch.

Das ist jetzt alles 55 Jahre her, darum habe ich auch nicht mehr viele Einzelheiten in Erinnerung. Untergebracht waren wir in einer Schule. In einem großen Klassenraum wurde gegessen und geschlafen, Wäsche gewaschen und heiß diskutiert. Ob wir auf Strohsäcken oder Feldbetten schliefen, weiß ich nicht mehr. Ich erinnere mich nur, dass die Tage immer mit vielen Erlebnissen ausgefüllt waren. So fielen wir abends „schachmatt“ auf unser Lager.

Gekleidet waren wir in weiße Hosen und blaue Hemden mit dem Emblem der aufgehenden Sonne am Ärmel. Es waren die ersten FDJ-Hemden. Und wenn es regnete, waren unsere Hosen blau gefärbt. Aber wir konnten die Farbe wieder herauswaschen, und die weißen Hosen hingen dann in unserem Quartier auf der Leine.

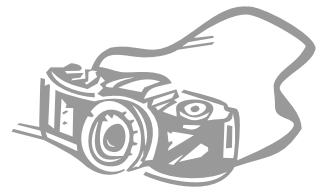
Verabschiedung der Delegation
Unter den Linden. Im Hintergrund
die Schlossruine

Die aus den deutschen Westzonen angereisten Teilnehmer hatten eigene Beiträge vorbereitet. Selbstverständlich hatten wir Begegnungen, doch wir waren – schon damals – keine einheitliche Delegation.

Als wir nach dem Festival nach Hause zurückkehrten, konnten wir uns als Mitglieder einer großen Gemeinschaft – der Weltjugend – fühlen, die uns deutsche Jugendliche mit offenen Armen aufgenommen hatte. Die weiße Fahne mit dem Emblem des Weltjugendbundes, das einen weißen, einen schwarzen und einen gelben Kopf zeigt, gehörte nun auch uns.

Zwei Jahre später sangen wir zu den Weltfestspielen der Jugend und Studenten im noch arg vom Krieg gezeichneten Berlin:
„Lasst heiße Tage im Sommer sein!
Im August, im August blüh'n die Rosen!
Die Jugend der Welt kehrt zu Gast
bei uns ein,
und der Frieden wird gut und uns
näher sein!
Im August, im August blüh'n die Rosen!“

Gerhard Bombal



SODI in Hanoi ausgezeichnet

Im Juni wurde der Solidaritätsdienst-international e.V. (SODI), der Nachfolger in den Rechten und Pflichten des Solidaritätskomitees der DDR, in Hanoi mit dem „Orden für Freundschaft“, der höchsten Auszeichnung des vietnamesischen Staates für Ausländer, geehrt.

SODI hat von 1991 bis 2003 gemeinsam mit seinen vietnamesischen Partnern Projekte nahe der Hauptstadt Hanoi, in den Provinzen Nghe An und Quang Tri sowie in Ho-Chi-Minh-Stadt 45 Projekte im Wert von über fünf Mio. Euro verwirklicht. Die Projekte konzentrierten sich auf die Unterstützung von Gesundheitseinrichtungen, die Trinkwasserversorgung, die Grundschulbildung sowie die berufliche Ausbildung insbesondere von Frauen.

Vor kurzem begann die Vietnamesische Frauen-Union im Bergdorf Huoi Xen mit Unterstützung von SODI den Aufbau einer Trinkwasseranlage. Gleichzeitig werden die Bauernfamilien, Angehörige ethnischer Minderheiten, mit einem Kleinkreditprogramm zur Anschaffung von Rindern dabei unterstützt, wirtschaftliche Alternativen zur Brandrodung zu finden, die der Umwelt großen Schaden zufügt.

Auch in diesem Jahr wird das integrierte Programm zur Minen- und Blindgängerräumung und zur Wiederansiedlung in der Provinz Quang Tri, das von 1998 bis 2003 mit insgesamt fast 3,5 Mio. Euro aus Mitteln des Auswärtigen Amtes, des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), der Länder Berlin und Brandenburg, der Stiftung Nord-Süd-Brücken sowie aus privaten Geldspenden finanziert wurde, fortgesetzt. Unter Anleitung von deutschen Spezialisten der Firma GERBERA aus Königs Wusterhausen haben vietnamesische Räumarbeiter seit 1998 etwa 530 ha wertvollen Bodens von tödlichen Hinterlassenschaften des Krieges befreit, davon in diesem Jahr bisher 25 ha.

Die Räumfläche am Khe Roil Hill im Kreis Cam Lo unweit des legendären Ho-Chi-Minh-Pfades ist hoch belastet, wie die seit Februar über 1500 aufgespürten und unschädlich gemachten Minen und Blindgänger aller Art belegen. Aber das deutsch-vietnamesische Team ist hochmotiviert. Denn hier sollen sich einmal 65 landlose Bauernfamilien ansiedeln.

Auch das mobile Team zur Bevölkerungsaufklärung und zur ad-hoc-Gefahrenbeseitigung meldet Erfolge. In diesem Jahr hat das Team mit seinen Veranstaltungen über das richtige Verhalten bei gefährlichen



Foto: SODI

Funden bereits 1700 Schüler erreicht und nach Hinweisen aus der Bevölkerung über 1500 Blindgänger aufgespürt und vernichtet. Das systematische Absuchen von Kindereinrichtungen ist hierbei vorrangig.

„Für uns alle ist es ein großer Ansporn zu sehen, wie die Menschen den von uns bearbeiteten Boden endlich gefahrenfrei nutzen können“, sagt Projektleiter Bernd Niering. Selbstverständlich war er dabei, als kürzlich im Hochtal Cua, wo die Minenräumer 2001 viel Schweiß vergossen haben, Planiermaschinen anrückten, um die ersten Kubikmeter für den Wiederaufbau des Dorfes Con Trung zu bewegen. Während des Krieges musste es einem US-amerikanischen Munitionsdepot und Feldflugplatz weichen. Nachkommen damals vertriebener Bauernfamilien bauen es nun mit Hilfe von SODI wieder auf. Es wird nach Phuong Coi und Ai

Sonntagsschüler in Ai Tu

Tu als drittes „Dorf des Friedens und der Solidarität“ seine Wiedergeburt erleben. Das BMZ wird auch dieses Wiederansiedlungsvorhaben fördern.

„Aber“, so SODI-Geschäftsführer Hans-Jürgen Ebert, „die wichtigste Voraussetzung für den Erfolg war und bleibt die solidarische Unterstützung vieler Menschen.“ Er ist zuversichtlich, dass man auch von Con Trung bald sagen kann: Wo bis vor kurzem noch Minen das Leben bedrohten, lachen Kinder, bestellen Bauern in friedlicher Arbeit ihre Felder. *Ilona Schleicher*

■ Solidaritätsdienst-international e.V. (SODI), Telefon 030-928 60 47, E-mail: info@sodi.de, www.sodi.de

■ Spendenkonto: 4385 205 000, Berliner Bank (BLZ 100 200 00)

Für ein Jahr in die USA

Im Sommer 2005 können wieder insgesamt 250 Schülerinnen und Schüler sowie 100 junge Berufstätige mit einem Stipendium des Deutschen Bundestages für ein Jahr in die USA reisen. Bundestagsabgeordnete übernehmen die Patenschaft für die Jugendlichen – im Wahlkreis Lichtenberg Dr. Gesine Löttsch.

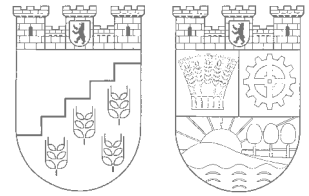
Alle Infos dazu erhaltet ihr im Bundestagsbüro von Dr. Gesine Löttsch (Tel: 9927 0725) und unter www.bundestag.de/ppp.

Außerdem werden Gastfamilien in Lichtenberg gesucht, die bereit sind, amerikanische Schüler oder junge Berufstätige für ein Jahr aufzunehmen. *Katrin Kluger*

Salsa – nicht nur auf Kuba

Im September wird wieder Salsa getanzt – leidenschaftlich, rhythmisch oder besinnlich. Ab dem 9.9. findet an jedem Donnerstag im September Tanzunterricht in den Räumen des Bundestagsbüros von Gesine Löttsch statt (Ahrenshooper Straße 5).

Ausgebildete Tanzlehrer werden an hoffentlich lauen Spätsommerabenden Ihre Begeisterung für diesen Tanz wecken. Tanzen verbindet und hält fit. Also, zögern Sie nicht, denn der Salsa ist ein Lebensgefühl, das alle Generationen anspricht. Ihre Anmeldung nehmen wir gern bis zum 9. September unter der Rufnummer 9927 0725 entgegen. *kk*



Echtes Sozialticket schaffen!

Vertritt der Senat uns oder sich selbst? Die unsägliche Diskussion um die Wiedereinführung des Sozialtickets findet kein Ende. Der Senat und leider auch Mitglieder des Abgeordnetenhauses betonen immer wieder, welche Erfolge bereits erreicht wurden. Aber welche Erfolge sind hier gemeint – bisher ist kein Sozialticket zu annehmbaren Konditionen in Sicht!

Als Volksvertreterin gehe ich immer von der Position der Betroffenen aus, und die ist dadurch gekennzeichnet, dass eine Monatskarte notwendig ist, die sich auch Menschen mit geringem Einkommen leisten können. Dabei sind nicht nur Sozialhilfeempfänger betroffen, sondern alle mit einem geringen Einkommen – ob dies nun Grundsicherung, Erwerbsunfähigkeitsrente, Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe, Altersrente oder Mini-Job-Lohn heißt.

Der Name „Sozialticket“ ist kein festgelegter Begriff. An diesem Namen machen sich die Bürokraten im Senat und BVG fest, und gehen davon aus, dass das Ticket nur



für Empfänger von Transferleistungen in Frage kommt. Dabei gibt es genügend andere Personengruppen, die aufgrund geringen Einkommens bedürftig sind.

Mobilität ist heute wichtiger denn je. Wie soll man heutzutage am gesellschaftlichen Leben teilnehmen, ohne mobil zu sein? Da gibt es Beratungsangebote, die wahrzunehmen sind, um alltägliche Probleme zu lösen, Arztbesuche, Kontakte zu Freunden und Bekannten. Aufgrund weiter sinkender Kaufkraft nimmt es kaum ein Arbeitsloser auf sich, täglich alle Zeitungen mit Stellenangeboten zu erwerben. Also muss in die Bibliothek gefahren werden. Die Stellenbörse des Arbeitsamtes ist auch nur unter Nutzung von Verkehrsmitteln zu erreichen. Es ist kein „Verbrechen“, sich nicht in die Situation anderer hineinversetzen zu können. Aber es ist äußerst beschämend, sich

zu weigern, dies zu tun, wenn genug relevante Fakten dazu auf dem Tisch liegen!

Für die Verhandlungsführer von BVG und Senat sind die angepeilten 40 Euro als Preis für das Ticket „Kleingeld“, für Leute mit wenig Geld ist das eine Menge! Viele müssen ihre Familie eine Woche mit diesem Geld durchbringen.

Alle müssen „den Gürtel enger schnalzen“. Warum schaffen das die privilegierten BVG-Manager nicht? Wie wäre es, wenn sie mindestens 10 % Ihres Nettogehaltes für eine Monatskarte bezahlen – so wie es ab 1. Januar 2005 von den Hartz-IV-Betroffenen erwartet wird? (40 Euro bei 345 Euro monatlichem „Einkommen“). Sie könnten doch mit gutem Beispiel vorangehen und

eine selbstbezahlte Jahreskarte ihrer Firma nutzen, damit die Einnahmen erhöhen und möglicherweise neue „dienstliche“ Eindrücke gewinnen! Das gleiche sollten auch diverse Mitarbeiter von Senatsdienststellen tun, die dann von den gewonnenen Erfahrungen aus verhandeln können!

Warum ist keiner der Betroffenen an den Verhandlungen beteiligt, der zumindest konkret auf Punkte verweisen könnte, die der Lebenswirklichkeit der Bedürftigen widersprechen? Kurz gesagt, ein Sozialticket muss her, das diesen Namen verdient und nicht als Schutzschild und Rechtfertigung diverser Ämter missbraucht wird.

Dagmar Krebs,
Bezirksverordnete der PDS

9. L'berger „Rock für links“

Nur selten ist es in diesem Europawahlkampf gelungen, was bei „Rock für links“ in der Lichtenberger Parkaue zu beobachten war: Die PDS macht ein Fest, und über 2000 junge Leute kommen und feiern. Aufwand und monatelange Arbeit vieler junger Leute in und bei der PDS haben sich also gelohnt.

Mit einem Mix aus jungen Bands der Region und bekannten Hasen der Musikszene wurde die Stimmung an diesem Abend angeheizt. Politische Ideen und Diskussionen wurden nicht ausgespart: Europa aus dem Gleichschritt tanzen! Gegen eine Festung Europa, gegen Sozialabbau, gegen Aufrüstung! Gesine Löttsch und Sascha Wagener, Kandidat der PDS für die Europawahlen, haben sich dazu auf der „Rock-für-links“-Bühne eindeutig geäußert.

Verschlauf-, Umbau-, und Diskutierpause bei „Rock für links“

Viele Gäste wollten mehr über linke Positionen jenseits von Sozialabbau, Militarisierung und neoliberaler Dominanz erfahren. An den Informationsständen von [solid] und der PDS wurde rege über eine andere, bessere Politik und die linke gesellschaftspolitische Alternative gestritten. Das große politische Interesse wurde auch dadurch spürbar, dass zahlreiche junge Leute mehr über die PDS erfahren wollten und sich bereit zeigten, Politik aktiv mitzugestalten.

Bei einem Grillabend im Wahlkreisbüro von Gesine Löttsch zur Rückschau auf „Rock für links“ konnte die [solid]-Bezirksgruppe Lichtenberg bei vielen der Jugendlichen, von denen die meisten zum ersten Mal das Wahlkreisbüro besuchten, dieses Interesse verstärken. Und deren künftige Mitwirkung werden wir auch dringend brauchen. Schließlich wird es nächstes Jahr zum 10. Mal „Rock für links“ geben – und dieses Jubiläum wollen wir natürlich ganz besonders feiern.

Daniel Tietze



Foto: Daniel Tietze

Danke!

Die PDS Lichtenberg bedankt sich bei allen Wählerinnen und Wählern. Die von Ihnen in das Europäische Parlament gewählten Abgeordneten der PDS werden Ihr Vertrauen nicht enttäuschen.

In Berlin hat die Lichtenberger PDS das beste Ergebnis aller Parteien erzielt. 25 779 Wählerinnen und Wähler votierten für unsere Partei. Das sind 43 % der abgegebenen gültigen Stimmen. Auf die SPD entfielen 16,1 %, auf die CDU 13,7 % und auf die Grünen 9,6 %.

Wir werden alles in unseren Kräften stehende tun, damit die PDS 2006 wieder in Fraktionsstärke in den Deutschen Bundestag einzieht. Dafür brauchen wir Ihre Unterstützung.

i. A. Wolfgang Schmidt

20 Mio. Euro selbst verteilen

Erstmalig in Lichtenberg soll für das Jahr 2006 ein Bürgerhaushalt aufgestellt werden. Dieses Projekt der PDS hat zum Ziel, einen bürgernahen und transparenten Haushalt zu gestalten. Künftig sollen die Bürger über die Verteilung von Mitteln entscheiden.

Bis jetzt entsteht der Haushalt so: Der Senat teilt dem Bezirk mit, welche Gesamtsumme für das nächste Jahr zur Verfügung steht. Das Bezirksamt mit seiner Verwaltung entwirft daraufhin einen Haushaltsplan für die Verteilung der Mittel, und die Bezirksverordnetenversammlung beschließt ihn nach einer ausführlichen Beratung. In diesem Verfahren wird die Meinung der Bürger nur insoweit berücksichtigt, als sie von sich aus das Bezirksamt oder die Bezirksverordneten auf Mängel und Wünsche in ihrem Kiez hinweisen.

Genau dort setzt die Idee eines Bürgerhaushaltes an: Die Bürger sollen künftig gezielt bei der Aufstellung des Haushaltsplans mitwirken und die bezirklichen Entscheidungen gemäß ihren Vorstellungen lenken. Der Bezirk Lichtenberg hat für die Einführung des „partizipativen“ Haushalts – also des Haushalts, an dessen Zustandekommen die Bürger direkt teilnehmen – Mittel vom Senat bewilligt bekommen, um den Prozess professionell vorzubereiten und zu begleiten. Zurzeit finden im Bezirksamt Diskussionen mit den Fraktionen und Workshops zur Umsetzung des Projektes statt.

Hendrikje Klein, haushaltspolitische Sprecherin der Fraktion

Erfolg macht sexy

Mario aus Wölfis in Thüringen hat es gemacht, und Benja aus Bielefeld. Auch Silke aus Hannover und Nico aus Berlin. Und ebenfalls Bastian aus Dessau, genauso wie 74 weitere Personen, die sich unmittelbar nach den Wahlergebnissen vom 13. Juni an die PDS wandten, um Mitglied zu werden. Bis Mitte Juli wurden es schon 171, und trotz Sommerloch hält das Interesse weiterhin an. Nun gut, nicht alle, die Interesse bekundeten, schicken anschließend auch die Eintrittserklärung, die oben genannten aber schon.

Erfolg macht sexy – sagt der jugendliche Volksmund, der ältere Volksmund hat dafür den Spruch parat „Der Teufel schießt immer auf den größten Haufen“. Kurzum: Wer Erfolg hat, der bekommt auch Zuspruch. Die Zeiten für Mitgliedergewinnung sind folglich gut. Es ist attraktiv, bei einer Erfolgspartei mitzumachen.

Wer sich also schon länger mit dem Vorhaben trägt, den alten Kumpel, die nette Nachbarin oder den guten Kollegen mal zu fragen, ob er oder sie nicht Mitglied werden

will, der sollte sich jetzt einen Ruck geben. Zumal die Partei im September auf weitere positive Schlagzeilen und ein anhaltendes Umfrage-Hoch hoffen darf, nicht wahr?

Und die Neuen? Die dürfen eine freundliche Aufnahme erwarten. In Ländern, wo in den nächsten Wochen Wahlkämpfe stattfinden – aber auch wo „nur“ Anti-Hartz-IV-Aktionen stattfinden – sollen sie ihre Ideen einbringen können, z. B. wie ein Infostand noch mehr Pep bekommt, bei welchem Verein die Kandidatin vielleicht noch vorgestellt werden sollte oder mit welcher Aktion man weitere junge Leute ansprechen könnte. Denn das wissen wir aus vielen persönlichen Gesprächen mit Neumitgliedern: Wer eintritt, will sich auch einbringen, fast jeder Mensch mag das Gefühl, gebraucht zu werden.

Und – Hand aufs Herz – mögen nicht auch wir das Gefühl, sexy zu sein und begehrt zu werden? Also auf zum Flirt mit Sympathisantinnen, Sympathisanten und Interessierten. Spätere Bindung nicht ausgeschlossen.

Claudia Gohde,

Projektgruppe Mitgliederentwicklung beim Parteivorstand

Wer will, wer kann helfen?

Am 19. September sind Landtagswahlen in Brandenburg und am 26. September Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen. Die PDS hat in beiden Ländern gute Chancen, ihr Ergebnis von 1999 zu verbessern.

Beide Landesverbände brauchen unsere Unterstützung. Gesucht werden in Brandenburg vom 30.8.–5.9. Teams von 2–3 Genossinnen und Genossen mit PKW, die Plakate aufhängen. Vom 20.–25.9. werden solche Teams in NRW hauptsächlich zur Verteilung von Wahlmaterialien gebraucht. Die Landesverbände übernehmen die Unterkunftskosten, die Berliner PDS würde bei den Fahrtkosten behilflich sein. Wer helfen möchte, möge sich bitte in der Geschäftsstelle melden.

Wolfgang Schmidt

Hauptversammlung in Sicht

Vorbehaltlich der Beschlussfassung durch den Bezirksvorstand wird die 3. Tagung der 2. Hauptversammlung des Bezirksverbandes Lichtenberg der PDS zum Sonnabend, dem 18. September 2004, 9 Uhr in den Tagungssaal der CORVUS GmbH, Herzbergstraße 84, einberufen. Die Hauptversammlung befasst sich u. a. mit der Führung der Strategiedebatte der PDS. Wir rufen alle Mitglieder auf, sich schon jetzt mit den Thesen des Parteivorstandes zur strategischen Weiterentwicklung der PDS vertraut zu ma-

chen (www.sozialisten.de oder im PID Nr. 29/04). Bernd Ihme äußert sich zur Strategiedebatte im Disput Nr. 7/04.

Die Hauptversammlung wählt die Delegierten zum 9. Bundestag der PDS (1. Tagung am 30./31. Oktober, Potsdam). Der Bezirksvorstand nimmt ab sofort Bewerbungen entgegen.

Wolfgang Schmidt



Lateinamerikanische Klänge, Mojitos und viele Diskussionen – die Fiesta de Solidaridad am 24.7. in der Parkaue. (Infos zur Arbeit von Cuba Sí unter www.cuba-si.org)



Hartz IV ist die Armut per Gesetz

Arbeitslosen- und Sozialhilfe werden ab dem 1. Januar 2005 zum Arbeitslosengeld II (ALG II) zusammengelegt. Es wird unabhängig von einem früheren Einkommen „nach Bedürftigkeit“ gezahlt und liegt unter dem Niveau der heutigen Sozialhilfe.

■ ALG II erhalten:

- Personen im Alter von 15 bis 64 Jahre, die erwerbsfähig sind und dem Arbeitsmarkt mindestens 3 Stunden täglich zur Verfügung stehen;
- bedürftig sind und ihren gewöhnlichen Aufenthalt in der BRD haben.

■ Sozialgeld erhalten:

- nicht erwerbsfähige Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft (BG),
- Partner in Ehe, eheähnlicher Gemeinschaft und Lebenspartnerschaft,
- minderjährige, unverheiratete Kinder im Haushalt, soweit sie bedürftig sind.

■ Kernpunkte:

- Zuständig für Auszahlung und Vermittlung in den Arbeitsmarkt sollen in der Regel die Kommunen und die örtlichen Agenturen für Arbeit in gemeinsamen Arbeitsgemeinschaften sein.

- Das ALG II beträgt in Berlin 345 Euro. Zusätzlich werden Wohnungs- und Heizkosten übernommen.
- Bei der Berechnung des ALG II werden stärker als bisher auch Einkommen und Vermögen eines Lebenspartners herangezogen. Etwa 500 000 Bezieher von Arbeitslosenhilfe werden daher vorerst kein ALG II erhalten. Eigenes Vermögen wird in Höhe von 200 Euro pro Lebensjahr nicht angetastet. Hinzu kommen 200 Euro pro Lebensjahr für Altersersparnisse. Staatlich geförderte Altersvorsorge – wie die Riester-Rente – wird „in angemessenem Umfang“ nicht auf das ALG II angerechnet.
- Ein bedarfsabhängiger Kinderzuschlag von bis zu 140 Euro pro Monat soll verhindern, dass Familien wegen der Unterhaltsbelastung für ihre Kinder auf das ALG II angewiesen sind.
- Die Zuverdienstgrenzen werden erweitert. Wer arbeitet, soll mehr Geld zur Verfügung haben als ein Erwerbsloser, der trotz Erwerbsfähigkeit nicht arbeitet.
- ALG II erhalten Arbeitslose erst nach dem regulären Arbeitslosengeld. Die Verkürzung der Bezugsdauer beim Arbeitslosengeld (derzeit bis zu 32 Monate) auf in der Regel zwölf Monate greift erst ab

2006. Nach Ablauf ihres Anspruchs auf reguläres Arbeitslosengeld erhalten Bezieher von ALG II für zwei Jahre Übergangszeit einen Zuschlag, der höchstens 160 Euro beträgt und nach einem Jahr halbiert wird.

- Empfänger von ALG II sind verpflichtet, jede legale Arbeit anzunehmen, zu der sie geistig, seelisch und körperlich in der Lage sind. Sonst droht ihnen eine Kürzung des ALG II um 30 Prozent. Die Bezahlung kann den Tariflohn oder das ortsübliche Entgelt unterschreiten. Als erwerbsfähig gilt, wer mindestens drei Stunden arbeiten kann.
- Bei Langzeitarbeitslosen soll in Eingliederungsvereinbarungen festgelegt werden, welche eigenen Anstrengungen sie unternehmen müssen und durch welche Qualifizierungsmaßnahmen sie unterstützt werden.
- Langzeitarbeitslose unter 25 Jahren sollen unverzüglich ein Angebot für eine Arbeit, Ausbildung oder Arbeitsgelegenheit erhalten.
- Ausbau der öffentlichen Arbeitsgelegenheiten auf bis zu 600 000 Stellen (einfache Tätigkeiten). Dafür gibt es zusätzlich einen Euro pro Stunde. Die Arbeitsbereitschaft soll damit geprüft werden ...

Zehn Argumente der PDS gegen Hartz IV

Zur Zustimmung des Bundesrates zum sogenannten Optionsgesetz, das den Weg für Hartz IV freimacht, erklärte der Bundesgeschäftsführer der PDS, Rolf Kutzmutz, am 9. Juli:

Dieses Gesetz wird von der PDS entschieden abgelehnt. Es zeigt keinen Weg zur Verbesserung der Arbeitsmarktlage, sondern verstärkt die soziale Schieflage unserer Gesellschaft:

1. Die Zahl der Armen in Deutschland steigt von jetzt 2,8 auf 4,5 Millionen im nächsten Jahr. Vor allem betrifft das Familien mit Kindern.
2. Durch Hartz IV werden notwendige neue Arbeitsplätze nicht geschaffen.
3. Dieses Gesetz vernichtet Massenkauflkraft. Es ist keine Arbeitsmarktreform, sondern insbesondere für Ostdeutschland ein Arbeitsplatz-Vernichtungsprogramm.
4. Verschärfte Zumutbarkeitsbedingungen entwerten vorhandene Qualifikationen als Teil des gesellschaftlichen Reichtums, dessen Entstehung der Gesellschaft viel Geld gekostet hat.

5. Hartz IV ist vor das Bundesverfassungsgericht zu bringen, weil es die verfassungsmäßigen Rechte des Einzelnen beschneidet: durch Repression und Demütigung von Wehrlosen, durch Elemente von Zwangsarbeit, durch den Verlust von Vertrauensschutz (z. B. Zwang zum Verkauf von Lebensversicherungen), durch Einschränkung des Rechts auf freie Berufswahl, durch Verletzung des Datenschutzes und insgesamt der Menschenwürde.
6. Hartz IV öffnet das Tor zu weiteren Schritten in den Niedriglohn, zu Lohnsenkungen bzw. längerer Arbeitszeit.
7. Die notwendige Arbeitsplatz schaffende Aktivität der Kommunen ist finanziell gesichert.
8. Hartz IV wird die wirtschaftliche, finanzielle und soziale Situation Ostdeutschlands weiter verschlechtern: „Gleichbehandlung per Gesetz“, bedeutet für Ostdeutschland und seine Bürgerinnen und Bürger eine Ungleichbehandlung, die dem Verfassungsauftrag „Angleichung der Lebensverhältnisse“ ins Gesicht schlägt.
9. Hartz IV treibt die Ungleichbehandlung verschiedener gesellschaftlicher Gruppen in unserer Gesellschaft durch die Bundesregierung auf die Spitze. Den

Arbeitenden, Arbeitslosen und Sozialhilfeempfangenden wird mit Repressionen gedroht, während die für die Entscheidungen über Arbeit und Arbeitslosigkeit zuständigen Unternehmen und Unternehmer mit dem Prinzip „Freiwilligkeit“ beschenkt werden, wie es u. a. bei den Lehrstellen deutlich wurde. Wer kriminell durch Steuerflucht finanzielle Potenziale der Arbeitsplatzschaffung im Lande zerstört, wird großzügig amnestiert, während die Opfer fehlender Arbeitsplätze drangsaliert werden.

10. Die PDS sagt nein zu Hartz IV, weil das Gesetz eine neue Stufe der Existenzunsicherheit einleitet, die zu sozialer und gesellschaftlicher Destabilisierung führen kann. Die PDS wird in den nächsten Wochen und Monaten alles tun, um die zu erwartenden negativen sozialen Auswirkungen von Hartz IV gemeinsam mit anderen Gegnern der Agenda 2010 begrenzen zu helfen – parlamentarisch wie außerparlamentarisch.

Noch Fragen?

Überschrift der Pressemitteilung der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen Nr. 502 vom 13. Juli 2004: „Hartz IV ist der richtige Weg auch für die neuen Länder“.

Hartz IV muss weg

PDS-Vorsitzender Lothar Bisky am 13. Juli zu den Ergebnissen des Treffens des Bundeskanzlers mit den ostdeutschen Ministerpräsidenten:

„Die mit den Ost-Ministerpräsidenten getroffenen Regelungen zur Umsetzung der Hartz-Gesetze mildern einige grobe Auswirkungen, ändern aber nichts daran, dass mit diesen Gesetzen im Grundsatz die Arbeitslosen und nicht die Arbeitslosigkeit bekämpft werden. Deshalb bleibt die PDS dabei: Hartz IV muss weg.“

Die nun in Angriff genommenen Regelungen hätten schon vor Jahren umgesetzt werden können und müssen. Die PDS hatte einen Sektor öffentlich geförderter Beschäftigung im gemeinwohlorientierten Bereich immer wieder eingefordert und dort, wo sie in Regierungsverantwortung war, auch entsprechend den Möglichkeiten umgesetzt. Dass er nun vor dem Hintergrund von Hartz IV flächendeckend entstehen soll, macht ihn allerdings zum Notnagel einer verfehlten Politik.

Dennoch bleibt festzuhalten: Mit den Vereinbarungen des gestrigen Abends sind Positionen der PDS wohl zum ersten Mal in so großem Umfang politische Realität in der Bundesrepublik geworden. Das betrifft:

- die Bindung von Zuschüssen an die regionale Arbeitslosenquote,
- die kommunale Arbeitsmarktförderung und öffentlich geförderte Beschäftigung,
- die Beschäftigungssicherung für Jugendliche bis 25 Jahren.

Ohne den konsequenten Widerstand der PDS hätte es weder die gemeinsame Ablehnung von Hartz IV durch die ostdeutschen Bundesländer noch die Notwendigkeit für die Bundesregierung gegeben, die besondere Situation der strukturschwachen Regionen in Ost und West wenigstens in Ansätzen zu berücksichtigen.

Die ostdeutschen Ministerpräsidenten mussten zum Jagen getragen werden. Wäre die Ablehnung schon Ende des vergangenen Jahres gemeinsam getragen worden, als nur Berlin und Mecklenburg-Vorpommern wegen der Haltung der PDS dem Kompromiss des Vermittlungsausschusses nicht zustimmten, hätte man statt kleiner Korrekturen bei der Umsetzung wohl auch Veränderungen in der Substanz erreichen können. Die Vereinbarungen mit der Bundesregierung sind keinerlei Anlass, sich zu frieden zurückzulehnen. Die PDS wird in den kommenden Monaten ihren Protest gegen Hartz IV verstärken und zugleich den Betroffenen dieser Armutsgesetze so wirksam wie möglich helfen.“

Bündnis für soziale Gerechtigkeit gegründet

Am 13. Mai 2004 wurde in Lichtenberg ein Bündnis für soziale Gerechtigkeit gegründet. Zur Zeit gehören dem Bündnis fünfzehn im Bezirk ansässige regionale bzw. im Ostdeutschen Kuratorium von Verbänden vertretene Sozialverbände und Vereine, Gewerkschaften und andere soziale Interessengruppen an.

In einer gemeinsamen Erklärung wurden die inhaltlichen Schwerpunkte und Ziele des Bündnisses dargelegt: In solidarischer Gemeinschaft wollen wir den Kampf gegen den Sozialabbau führen. Zur Vertretung nach außen und zur Koordinierung der Aufgaben wurde ein aus drei Personen bestehender Sprecherrat gewählt.

Ingrid Menzel, Mitglied des Sprecherrats; Bezirksvorsitzende der Volkssolidarität

■ Aus der Gründungserklärung:

Wir konzentrieren uns vor allem auf folgende inhaltliche Schwerpunkte:

- Rücknahme der „Agenda 2010“ durch die Bundesregierung
- Gleiche Arbeits- und Lebensverhältnisse in Ost und West
- Verwirklichung des Rechts auf öffentlich finanzierte Bildung, Aus- und Weiterbildung
- Gesetzlich festgelegte Mindesteinkommen über der Armutsgrenze
- Überführung bisher nicht abgegoltener Ansprüche aus ehemaligen Sonder- und Zusatzversorgungssystemen der DDR in die gesetzliche Rentenversicherung
- Schluss mit jeglichen politischen und sozialen Ausgrenzungen und Diskreditierungen gegenüber vielen Menschen in den neuen Bundesländern

Die im Bezirk zu Lasten der Bürger auftretenden sozialen Probleme und Benachteiligungen werden hierin einbezogen.

2010x NEIN

Gerecht geht anders:
Die „Agenda Sozial“ der PDS!

Hartz IV schafft keine Jobs

Arbeitsssenator Harald Wolf erklärte dazu am 6. Juli:

„Bis zum Jahresende haben die Berliner Bezirksämter, die Arbeitsagenturen sowie Sozial- und Arbeitsverwaltung die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe nach Hartz IV umzusetzen. Sie stehen damit vor einer gewaltigen organisatorischen Aufgabe. Die Arbeitsagenturen bleiben in der Pflicht, Arbeitsfördermaßnahmen anzubieten. Senatsverwaltungen und Bezirke werden alles dafür tun, dass die Anspruchsberechtigten ihre Zahlungen auch nach der Umstellung auf Arbeitslosengeld II pünktlich erhalten.“

Das ändert nichts daran, dass Hartz IV am Kern des Problems, der Unterbeschäftigung, vorbei zielt. Ende Juni kamen auf 297 401 Arbeitslose nur 7 581 offene Stellen. Diesen Arbeitslosen ist nicht damit geholfen, dass ihnen Leistungen gestrichen werden. Sie brauchen neue Jobs, die durch Hartz IV nicht entstehen werden.“

Jammer-Ossis aufgepasst!

So einfach ist das: Die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen teilt mit: „**Einladung zum Presse- und Fototermin: Mit einem Klick zum Job – Arbeitsmaktdaten auf e-Info Terminals.**“

(Pressemitteilung vom 23. Juli 2004, 10:39 Uhr, Senatsverwaltung für Wirtschaft)

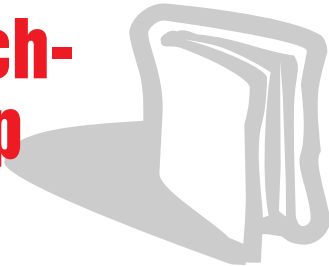
Ausziehen für Hartz!

Einen so infamen Fragenkatalog gab es schon einmal in Deutschland – 1941. Da hatten deutsche Bürger in einem achtseitigen Fragebogen Auskunft über ihr „Vermögen“ zu geben. Gefragt wurde unter anderem nach Möbeln und Einrichtungsgegenständen, Radio- und Fotoapparat, nach Schmuck und Juwelen, Konten, Wertpapierdepots und Versicherungen. In den meisten Fällen setzte der Betroffene handschriftlich „nichts“ ein – er hatte nichts mehr. (Quelle: Betrifft „Aktion 3“. Dokumente zur Arisierung. Katalog zur Ausstellung, Aufbau Verlag 1998)

Auch Herr Clement meint ja, die meisten Fragen brauchten von den Arbeitslosen gar nicht beantwortet zu werden. Ach so – damals ging es nicht um ALG II, sondern um „Erfassung des Vermögens“ vor der Deportation und Ermordung. Und Sally Levi war auch nicht mehr deutscher Bürger, sondern nur „Einwohner“. Inge Junginger



Buch-Tipp



Hier ruht (spricht!) Peter Hacks

Erst war er ein kleiner Junge, dann wurde er ein frecher, später ein großer Dichter, gelobt und getadelt, eigenmächtig und eigensüchtig, geschmäht und gescholten, verstanden und missverstanden, der seinem Sinn für Gerechtigkeit und geschichtlichen Fortschritt treu blieb, auch als sich diese Treue nicht mehr bezahlt machte ... So Armin Stolper, dem Dichter über Jahrzehnte verbunden,

in seinem Büchlein „Gespräche auf dem Friedhof mit dem anwesenden Herrn Hacks“. Es ist eine kurzweilige Lektüre. Hacks – von dem viele in den letzten Jahren nichts mehr wussten (oder wissen wollten) – wird gleichsam wieder lebendig. Stolper stellt den Dichter und Kommunisten Hacks, der untrennbar zur Kultur der DDR gehörte und der den Kampf für eine bessere Zukunft nie aufgegeben hatte, auf sehr persönliche Weise vor.

Leider wird das Lesevergnügen sehr durch mangelhafte editorische Arbeit beeinträchtigt. Das reicht von unzähligen Druckfehlern über ein schlampiges Layout bis zu (in meinem Exemplar) mehreren verhefteten Seiten. Schade.

Inge Junginger

- Armin Stolper: „**Gespräche auf dem Friedhof mit dem anwesenden Herrn Hacks**“, Spotless-Verlag Berlin 2003, 112 Seiten, 5,10 €, ISBN 3-933544-87-4

Ab ins Internet

Im September wird in der Geschäftsstelle der PDS ein Internet-Arbeitsplatz eingerichtet und ein Internet-Kurs angeboten. Weitere Infos über Telefon: 5122047 oder direkt in der PDS-Geschäftsstelle A.-Kowalke-Straße 14.

Veranstaltungen

- **Dienstag, 10.8., 17–18 Uhr****
Bürgersprechstunde Dr. Gesine Löttsch (MdB)
- **Dienstag, 10.8., 19 Uhr***
Tagung des PDS-Bezirksvorstandes
- **Montag, 16.8., 19 Uhr**
BVV-Fraktionsversammlung; Rathaus Lichtenberg, Möllendorffstraße 6
- **Dienstag, 17.8., 19 Uhr***
Beratung mit den Vorsitzenden der Sprecherräte (Lichtenberg)
- **Mittwoch, 18.8., 17 Uhr**
Tagung der Bezirksverordnetenversammlung, **ab 16.30 Uhr** Bürgerfragestunde; Bezirksamt, Große-Leege-Straße 103
- **Sonntag, 22.8., 14 Uhr**
Spaziergang mit Prof. Jürgen Hofmann: „Theater der Zeit – Zeittheater. Schauspieler und Regisseure auf dem Zentralfriedhof Berlin-Friedrichsfelde“
- **Dienstag, 24.8., 19 Uhr***
Tagung des PDS-Bezirksvorstandes
- **Mittwoch, 25.8., 18.30 Uhr****
Beratung mit den Wahlkreisaktiven (Hohenschönhausen)
- **Montag, 30.8., 19 Uhr**
„Potenziale der PDS als linke soziale Partei“, Sprecherrat Frankfurter Allee/Süd, mit MdB Dr. St. Schulze; „Kiezspinne“, Harnackstraße 25
- **Sonabend, 11.9., ab 13 Uhr**
3. Lichtenberger Familienrenntag; Trabrennbahn Karlshorst

* Veranstaltungsort: Alfred-Kowalke-Straße 14

** Veranstaltungsort: Ahrenshooper Straße 5

Wandgemälde erhalten

Um den Erhalt des weltberühmten Giebelwandgemäldes von Gabriel Garcia Moia nahe der Lichtenberger Brücke (Foto) kämpfen eine Bürgerrinitiative und die Alexander-von-Humboldt-Gesellschaft e.V. Vor der Sommerpause beschlossen die Bezirksverordneten, dass die Lichtenberger BVV und das Bezirksamt diese Aktivitäten wirksam unterstützen werden.

Rund 3300 Euro Spenden hat die Bürgerinitiative seit dem 1. Mai gesammelt – Lichtenbergs Bürgermeisterin gab 2000 Euro. Gesponsert wurden die Künstlerfarben von LACUFA und ein hochwertiger Schutzanstrich von Caparol. Auch MEGA-Poster will sich beteiligen. Für weitere Aktionen werden dringend freiwillige Helfer gesucht. Telefon/AB: 559 87 33 (Christel Schemel), 24045840 (Sabrina Leh und Hans Reimann).
Christel Schemel,
PDS Bezirksverordnete



Foto: Christel Schemel

Info links

Herausgeber:
PDS-Bezirksverband Lichtenberg
Redaktionskollektiv, v. i. S. d. P. Manfred Niklas

Adresse der Redaktion:
Geschäftsstelle der PDS
Alfred-Kowalke-Straße 14, 10315 Berlin

Telefon: 030/512 20 47
Fax: 030/51 65 92 42

E-mail: lichtenberg@pds-berlin.de
Web: www.pds-lichtenberg.de

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Manuskripte sinnwährend zu kürzen. Namentlich unterzeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Fall der Meinung der Redaktion.

Redaktionsschluss: 26.7.2004

Redaktionssitzungen für die Ausgabe 7/2004:
10.8. und 24.8.2004, jeweils 16 Uhr
Redaktionsschluss für Ausgabe 7/04: 23.8.2004
Die nächste Ausgabe erscheint am 2.9.2004.

Druck: Druckerei Bunter Hund
Gestaltung: Jörg Rückmann
Die Herstellung dieser Zeitung wird durch Spenden finanziert.

So war es richtig

Die Gewinnerin des Europa-Quiz („info links“ 4/04) wurde aus den richtigen Zuschriften unter Ausschluss des Rechtsweges ermittelt. Carola-Melitta Wall darf sich auf einen 2-Tage-Besuch des EU-Parlaments in Brüssel und bei der dortigen PDS-Gruppe freuen.

- **Lösungs-Schema:** 1c; 2c; 3b; 4b; 5b; 6b; 7b; 8b; 9c; 10b; 11c; 12c.